

**Antrag der Fraktion der CDU****Unsicherheit beenden – Impfpflicht jetzt voranbringen**

Die Corona-Pandemie ist noch lange nicht überwunden. Wir haben in den letzten 22 Monaten viel über die Ansteckung und Ausbreitung von Viren in einer Pandemie und die notwendigen Schutzmaßnahmen lernen müssen. Mehr als 56 000 Menschen waren oder sind im Land Bremen an Corona erkrankt, über 600 sind an den Folgen der Erkrankung verstorben. In Deutschland sind über 8 Millionen Menschen an Corona erkrankt, mittlerweile gab es 116 000 Todesfälle. Weltweit gab es bislang 328 Millionen Erkrankte und über 5,5 Millionen Todesfälle in Verbindung mit der Corona-Pandemie.

In nie dagewesener Rekordzeit ist es gelungen einen äußerst wirksamen Impfstoff zu entwickeln und in großen Mengen zur Verfügung zu stellen. Aber auch das Virus lernt und verändert sich immer wieder neu. In diesen Tagen der „Omikron Welle“ steigt die Zahl der Neuinfektionen rasant schnell auf immer neue Rekordwerte. Die Anzahl der aktuell erkrankten Personen ist mittlerweile so hoch, dass Sorge hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der sogenannten kritischen Infrastruktur besteht. Um diese Welle einzudämmen, mussten vor Weihnachten erneut erhebliche Kontaktbeschränkungen erlassen werden, die bis heute gelten. Zudem wurden die Quarantäneregelungen für erkrankte Personen und für Kontaktpersonen angepasst.

Neben der Bewältigung der Omikron-Welle geht es jetzt aber auch darum, für zukünftige Virusvarianten und Pandemie-Wellen Vorsorge zu treffen. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen bietet eine vollständige Impfung einen erheblich besseren Schutz vor einer Erkrankung und vor einem schweren Verlauf einer Erkrankung. Daher ist es aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes und zum Schutz besonders anfälliger Gruppen absolut sinnvoll und notwendig auf einen vollständigen Impfschutz der Bevölkerung zu setzen. Es geht um den konsequenten Schutz aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und um die Sicherung der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens, insbesondere den Krankenhäusern. Dabei sind alle Patientinnen und Patienten mit ihren diversen Erkrankungen in den Blick zu nehmen; das immer wieder praktizierte Aufschieben von elektiven Eingriffen ist nicht länger hinnehmbar. Da ein solcher vollständiger Impfschutz allein durch freiwillige Impfangebote, trotz ausreichender Impfstoffkapazität, nach mehr als einem Jahr Impfkampagne immer noch nicht erreicht ist, macht auch die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beziehungsweise einer Impfnachweispflicht Sinn.

Die seit November des letzten Jahres andauernde bundespolitische Debatte über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beziehungsweise einer Impfnachweispflicht für über 18-Jährige im Hinblick auf die Corona-Pandemie, verunsichert und beunruhigt Teile der Bevölkerung. Ein bisher noch kleiner Teil der Menschen im Land Bremen, bringt seinen Unmut mit dieser Situation durch als „Spaziergänge“ getarnte unangemeldete Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck – in Kauf nehmend oder nichtwissend, dass diese „Spaziergänge“ zugleich von rechtsextremistischen Kräften für ihre Propaganda und Zwecke unterwandert und genutzt werden. Die diffuse Haltung der neu

gewählten Bundesregierung, einerseits eine allgemeine Impfpflicht zu befürworten, gleichzeitig aber die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes zu verweigern, verlängert und verschärft diese unsichere Situation in unerträglicher Weise.

In dieser Situation ist eine klare Positionierung und ein eindeutiges Signal der Bremischen Bürgerschaft erforderlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich im Hinblick auf die Corona-Pandemie für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beziehungsweise einer Impfnachweispflicht für über 18-Jährige aus.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich über den Bundesrat, die Fachministerkonferenzen und die Ministerpräsidentenkonferenz nachdrücklich für die zügige Einführung einer allgemeinen Impfpflicht beziehungsweise einer Impfnachweispflicht für über 18-Jährige einzusetzen.

Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der  
CDU